

Utopistik der Ökonomie (Teil 2)

Kann Praxisphilosophie ein alternatives Zukunftskonzept liefern? Horst Müller zeigt, wo die Hebel für eine Transformation der Gesellschaft angesetzt werden können und welche Rolle Sozialwirtschaft und Sozialstaatlichkeit dabei spielen.



Wir arbeiten, um zu leben: Ökonomie sollte für die Menschen gemacht sein; Foto: Domnik

Im ersten [Teil des Gesprächs](#) erörterte Horst Müller, warum Wirtschaftswissenschaften utopistisch ausgerichtet sein müssen, was die Wurzel der historischen Systemkrise ist und was einen praxiszentrierten Denkansatz auszeichnet.

Hyperbaustelle: Liefert das Praxisdenken ein ökonomisches Zukunftskonzept?

Horst Müller: Die Kerngedanken kann ich hier nur kurz andeuten: Eine neu ansetzende Analytik der ökonomischen Praxis als solcher fördert zutage, dass sich im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben des fortgehenden 20. Jahrhunderts eine neue Hauptabteilung der gesellschaftlichen Arbeit herausgebildet hat, die das im weitesten Sinne Soziale, Öffentliche und Kulturelle umfasst und wesentlich durch einen staatlichen Transfer gestützt und unterhalten wird. Das drückt sich beispielsweise in einer Staats- und Sozialquote aus, die bereits 40 bis 60 Prozent der wirtschaftlichen Gesamtleistung beträgt.

Mit Blick auf die neu konfigurierte Reproduktionsordnung, welche durch die aus dem 19. Jahrhundert stammenden, klassischen marxistischen Reproduktionsschemata nicht mehr abgebildet wird, wird ein systemischer Konstruktionsmangel deutlich: Im Zusammenhang der Verwertungsrechnung der noch hegemonialen, im Kern industriewirtschaftlichen Kapitalwirtschaft rangieren die ‚sozialwirtschaftlichen Dienste‘ grundsätzlich als Minuspостen, obwohl sie gesellschaftlich notwendig, nützlich und sinnvoll sind und die eigentlich ausdehnungsfähige Kategorie gesellschaftlicher Arbeit darstellen.

Die Alternative zur dieser zunehmend untragbaren kapitalwirtschaftlichen Ökonomie, welche den ökonomischen und zivilisatorischen Fortschritt blockiert, liegt in der Konfigurierung einer veränderten Reproduktionsordnung, welche die Emanzipation des Sozialstaats und der sozialwirtschaftlichen Dienste aus der kapitalökonomischen Fesselung, vor allem aus der Schuldenfalle erlaubt. Es geht um eine Figuration, der praktisch-objektiv ein anderes ökonomisches Kalkül im Sinne einer haushälterischen Wirtschaftsweise innewohnt.

Demnach liegt das Neue nicht im Übermorgen, ereignet sich nicht erst nach einer Revolution, sondern ist bereits eine andrängende Realität, noch mehr oder weniger in Latenz und vor allem wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlich noch kaum erfasst. Eine sich auf das Novum verstehende und zukunftsorientierte Wissenschaft der politischen Ökonomie hat jetzt vor allem die Aufgabe, die Fragen der alternativen Systemkonfiguration, der entsprechenden Wertformen und Wirtschaftsrechnung und schließlich Fragen der dem angemessenen

Eigentumsverhältnissen, Betriebsverfassung und wirtschaftsdemokratischen Gesamtordnung zu klären.

Sie setzen demnach auf Sozialwirtschaft und Sozialstaatlichkeit?

Der Begriff ‚Sozialwirtschaft‘ ist hier ein Kampfbegriff gegen ‚Kapitalwirtschaft‘ und im Sinne einer Systemalternative zu verstehen, die aus der überfälligen Emanzipation der vorhandenen ‚sozialwirtschaftlichen Dienste‘ und einer Re-Formierung des Sozialstaats erwächst. Es geht dabei nicht etwa nur um soziale Daseinsvorsorge, sondern um die sozial-kulturell und infrastrukturell basierte Freisetzung einer höheren Zivilisation. Auf kapitalwirtschaftlicher, liberalistischer Basis wird zunehmend Zivilisationsmüll und der Tod in aller Welt produziert: Unser Gemeinwesen gerät als solches immer mehr in eine prekäre Verfassung. In fünf Jahren wurden mehr als 100.000 Selbstmorde unter indischen Bauern und Landarbeitern gezählt, die auf das Konto der kapitalistischen Modernisierung gehen.

Die kapitalistische Reproduktionsweise, die global noch vorherrscht, ist ein historisch beschränktes Konstrukt. Sie ist systemisch unfähig, eine stimmige Gesamtorganisation der gesellschaftlichen Arbeit herbeizuführen und dadurch einen neuen Horizont zu eröffnen: Ohne das Erzübel des Verwertungs- und Wachstumszwangs mit ökologischer Destruktion und den multiplen Gebrechen der historisch überholten alten Ordnung. Die Lösung des Problems liegt also in der theoretischen wie praktischen Antwort auf die Frage, wie die zweite, sozialwirtschaftliche Hand der Arbeit sich emanzipieren und ein stimmiger Gesamtzusammenhang von industriewirtschaftlicher Warenproduktion und sozialwirtschaftlichen Diensten unter der Moderation einer künftigen, realdemokratischen Sozialstaatlichkeit hergestellt werden kann.

Die als solche ganz neue Theorie der Sozialwirtschaft stellt eine Lösung für die notwendige ‚paritätische Inwertsetzung‘ der sozialwirtschaftlichen Dienste und für eine wirtschaftsdemokratische Umorganisation vor. Daraus entsteht ein transparentes Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit, die nicht mehr unter dem repressiven Regiment der Kapitalverwertung steht. Im Gegenteil, die Ausweitung jener sozial-kulturellen Arbeit und öffentlichen infrastrukturellen Produktion wäre zwanglos möglich, die bisher als Unkostenfaktor der sogenannten ‚Wirtschaft‘ rangiert. Der herrschenden liberalistischen, unsäglich bornierten Wissenschaft, die eigentlich überhaupt keine solche ist, wird hiermit etwas Positives und Praktisches entgegengestellt. Da bitte ich dann aber doch genauer nachzulesen.

Transformation ist nicht nur eine Sache der Theorie, sondern auch der gesellschaftlichen Praxis. Wo könnte der Hebel angesetzt werden?

Der entscheidende Hebel liegt in einer Steuerreform, vor allem in einer Reduzierung der einkommensbezogenen Besteuerung, die heute noch dominiert, sowie der gleichzeitigen Einführung und überproportionalen Erhöhung einer Kapitaltransfersteuer. Das ist der Kern – also ein bisschen etwas anderes als eine sogenannte Reichensteuer. Daran knüpfen sich weitreichende innere, qualitative Veränderungen des Reproduktionsgefüges, vor allem der ökonomischen Aneignungsrechte, eine wirtschaftsdemokratische Umorganisation und nicht zuletzt eine veränderte Kommunalverfassung, welche der Rolle der Kommunen im modernen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozess endlich Rechnung trägt.

Die anvisierte Steuerreform bedeutet nicht nur die paritätische Inwertsetzung der Arbeit der zweiten, sozialwirtschaftlichen Hand der gesellschaftlichen Arbeit. Vor allem wird der

Sozialstaat auf allen Ebenen, vor allem was die Kommunen angeht, aus der Verschuldungsfalle befreit und in seinen eigentlichen finanz-, haushalts- und wirtschaftspolitischen Aufgaben frei gemacht. Es entsteht die Möglichkeit, jede als nützlich und sozial-ökologisch sinnvoll erachtete gesellschaftliche Arbeit zu instituieren und vor allem den sozialwirtschaftlichen Sektor auszuweiten. Die Kapitaltransfersteuer bewirkt, dass nicht automatisch die größeren oder kapitalintensiveren Betriebe als günstiger produzieren. Kleine Betriebe und regionale Kreisläufe können zur Geltung kommen, ohne als ‚unwirtschaftlich‘ zu gelten.

Ohne auf Details einzugehen, muss jedenfalls zum Verständnis noch gesagt werden, dass das öffentliche und das gesellschaftlich verantwortlichen Einzelproduzenten überlassene Eigentum, die warenproduzierende Arbeit und die sozialwirtschaftlichen Dienste, vielseitige Mischformen bilden können. Vor allem im warenproduzierenden Sektor wären durchaus marktwirtschaftliche Verkehrsformen gegeben und auch nötig, eben systemisch umgestimmt. Insgesamt bietet sich das Bild einer gemischten, mit gesamtwirtschaftlich notwendigen und sinnvollen Dispositionen verbundenen Wirtschaftsweise.

Was wäre bei alledem die Funktion des Bank- und Finanzwesens?

Im Sinne des sozialwirtschaftlichen Konzepts kann auch das Finanz- und Bankwesen nichts anderes sein als ein sozialwirtschaftlicher Dienst zur Förderung der Realwirtschaft, der in öffentliche Regie und Verantwortung gehört. Dass der Staat, unser organisiertes Gemeinwesen, marode private Finanzagenturen füttert, sich dadurch verschuldet und sich schließlich von diesen wieder Geld zu Zinsen leiht, welche die Haushalte des Gemeinwesens zunehmend unerträglich belasten, ist kapitalökonomischer Widersinn in Reinform.

Es sollte jedenfalls Schluss gemacht werden mit den unsäglichen Verrenkungen und Kontradiktionen, die im Verhältnis zwischen einer privatkapitalistischen Ökonomik, die dazu noch auf eine transnationale Ebene ausweicht, und einer davon abhängigen, an der Leine geführten Sozialstaatlichkeit unvermeidlich sind. Wenn das Gemeinwesen auf sozialwirtschaftlicher Grundlage wieder zur Geltung kommt, kann auch der Exportzwang gebrochen werden und eine Wirtschaftspolitik greifen, die auf eine gesamtwirtschaftliche haushälterische Konsolidierung und auf internationale, weltwirtschaftliche Partnerschaftsbeziehungen orientiert.

Entscheidend ist am Ende, dass die Wirtschaft der Zukunft, wie sie sich abzeichnet und weiter erforscht werden muss, nicht nur ein Wunschbild jenseits der Kapitalwirtschaft ist. Vielmehr hat sich das Neue in der modernen Sozialstaatlichkeit vorbereitet und kann aus ihm heraus in transformatorischen Schritten freigesetzt werden. In diesem Sinne sollte im Zuge des Kampfes gegen die Privatisierung des Öffentlichen, zur Verteidigung des Sozialstaats und der natürlichen Lebensgrundlagen konkreter zur Offensive übergegangen werden.

Welchen Stellenwert hat für Sie die individuelle Revolte als Keimzelle gesellschaftlicher Veränderung? Und inwieweit ist sie im Praxiskonzept mitgedacht?

Der zentrale Begriff ‚gesellschaftliche Praxis‘ ist nicht kollektivistisch gedacht, sondern meint eine reziprok untrennbar verschränkte ‚Synthesis‘ von individuellen, instituieren, komplex organisierten oder auch kollektiven Praxen. In diesem bewegten, widersprüchlichen, über alle Formbildungen und Stadien immer wieder hinaustreibenden Zusammenhang ist jeder, auch der kleinste Einsatz ein reales Wirkmoment: Indem wir so oder so leben und unser vielseitig

‚bedingtes‘ Leben tätig äußern, wirken wir, auch wo wir gar nicht wissen wie. Und indem wir so als Wesen der Praxis wirken, existieren, ist das unsere persönlich ziemlich endliche Lebenswirklichkeit.

In diesem Kontext würde ich nicht auf individuelle Revolte oder Eskapismus setzen, aber sehr wohl Möglichkeiten sehen, sich als gesellschaftliches Individuum eine neue Sensibilität und ein Bewusstsein auf der Höhe der Übergangszeit zu erwerben und dieses in allen praktischen Lebensvollzügen, im persönlichsten Lebensstil und Lebensumfeld, in den eigenen institutionellen Arbeitsfeldern und Wirkkreisen, in der Teilnahme am öffentlichen Leben so oder so, sei es widerständig oder konstruktiv zur Geltung zu bringen.

Der schon erwähnte Immanuel Wallerstein spricht im Hinblick auf die kommenden Jahrzehnte sogar von einem ‚Kampf auf Leben und Tod‘. Und gibt einen schönen Hinweis: Die eröffnete Periode des Übergangs sei im Hinblick auf das letztendliche Ergebnis nicht ausdeterminiert, noch offen, verlaufe chaotisch. In dieser instabilen gesellschaftsgeschichtlichen Situation könne das Handeln Einzelner oder könnten kleine Ereignisse durchaus große Wendungen herbeiführen.

Wendung wohin? Mir ist gerade ein neues philosophisch-politisches Buch auf den Tisch gekommen mit dem Untertitel: ‚Rückfall in die Barbarei oder Geburt einer neuen Weltordnung?‘ Das scheint mir in der Tat die Frage oder besser das zu lösende Problem zu sein.

Quelle: <http://www.hyperbaustelle.de/u-blog/2011/01/09/utopistik-der-okonomie-teil-2/>

Siehe auch die **Publikationen und Downloads** unter <https://www.praxisphilosophie.de>